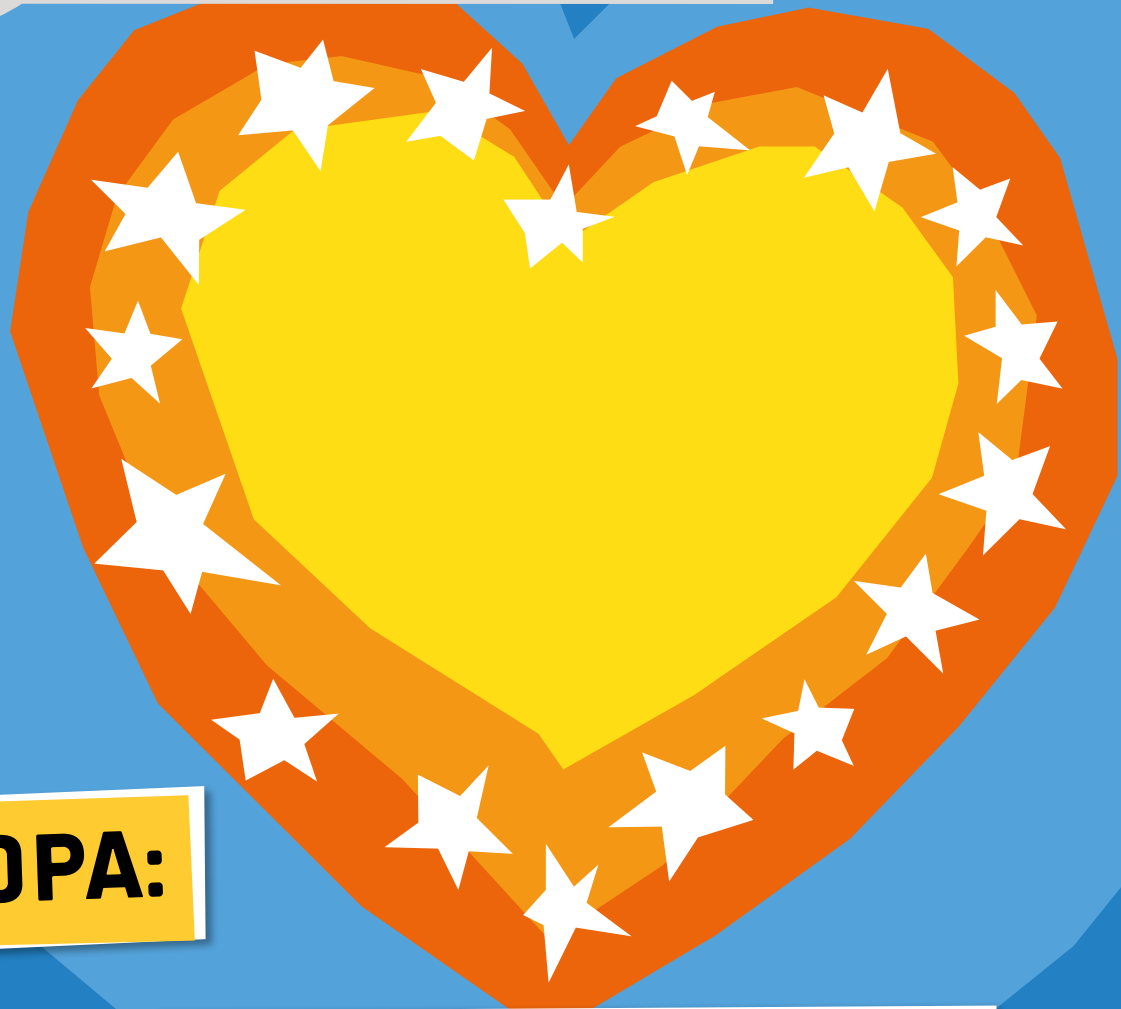




KAPER BRIEF



EUROPA:

GEMEINSAME WERTE.

FREIES WISSEN.

OFFENE GESELLSCHAFT.

Demokratie-Upgrade für Europa	S. 2
Europas Integration weiterdenken	S. 3
Gläserner Staat statt gläserner Bürger	S. 4
TTIP - Nein Danke!	S. 5
„Neuland“ den Menschen zurückgeben	S. 7-8
Zur Europa-Wahl gehen!	S. 10

KAPERBRIEF EUROPAWAHL 2014

Kaperbrief - Piratenzeitung Deutschland
ISSN 2191-3056 | www.kaperbrief.org

DEMOKRATIE OHNE HÜRDEN

DEMOKRATIE-UPGRADE FÜR EUROPA VON JULIA REDA

Bei der Europawahl gibt es anders als bei der Bundestagswahl keine 5%-Hürde. Jede Stimme zählt! Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die europäische Demokratie gestärkt wird, wenn nicht wie bisher ein großer Anteil der Stimmen unter den Tisch fällt. Kleinere Parteien können dabei sogar einer Parteienzersplitterung im Europaparlament entgegenwirken, wenn sie wie die Piraten Teil einer europäischen Bewegung sind und Abgeordnete aus mehreren Ländern nach Brüssel schicken. Bereits jetzt sind zwei schwedische Abgeordnete der Piratenpartei im Europaparlament vertreten, die beispielsweise bei der Verhinderung des Handelsabkommens ACTA auf Unterstützung aller Piraten in Europa zählen konnten.

Das Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Sperrklausel ist ein Gewinn für die europäische Demokratie. Dass die faire Repräsentation aller Parteien vor Gericht erstritten werden musste, offenbart aber auch das Misstrauen der Politik gegenüber der Urteilsfähigkeit der Wählerinnen und Wähler. Wir Piraten sind überzeugt: Die politische Einigung der Europäischen Union kann nur gelingen, wenn wir den Mut haben, den Menschen mehr Macht in die Hand zu geben.

Wir Piraten treten an, um der EU ein Demokratie-Upgrade zu verpassen und die Grenzen zwischen den Nationalstaaten zu überwinden - denn Europa muss ein Projekt der Menschen sein, nicht der nationalen Regierungen.

Unser Ziel ist ein europäischer Bundesstaat mit einer Verfassung, die von allen

Europäerinnen und Europäern mitgestaltet und in einem gemeinsamen Referendum verabschiedet werden soll. Bei der Erarbeitung der Verfassung wollen wir die Möglichkeiten des Internets für demokratische Beteiligung nutzen.

Aber auch ehe dieses Ziel erreicht ist, können wir bereits durch konkrete Reformen die europäische Demokratie ausbauen. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), die bislang nur zu unverbindlichen Empfehlungen an die Kommission führt, wollen wir zu einem echten Bürgerbegehren ausbauen, das bei ausreichend Unterschriften eine Gesetzesinitiative in Gang bringt. Die bürokratischen Hürden für die Anmeldung und Durchführung einer Europäischen Bürgerinitiative wollen wir senken, damit dieses Mittel direkter Mitbestimmung wirklich allen Menschen offen steht und nicht nur gut organisierten, finanzstarken Organisationen.

Das Europaparlament als direkte Vertretung der europäischen Bevölkerung muss gegenüber Kommission und Rat gestärkt werden und selbst Gesetze einbringen und beschließen können. Außerdem soll es durch einen eigenen wissenschaftlichen Dienst gestärkt werden, um in seinen Entscheidungen weniger abhängig von Lobbyeinflüssen zu sein.

Der Undurchsichtigkeit europäischer Politik treten wir Piraten mit aktiver Transparenz entgegen. Gemeinsam mit den anderen Kandidierenden der Piratenpartei habe ich deshalb eine Selbstverpflichtung unterzeichnet: Als Abgeordnete werden wir nicht nur sämtliche Nebeneinkünfte offenlegen und strikt zwischen Gehalt und

JULIA REDA
Foto: CC-BY-SA Bartjez



Julia Reda studierte Politikwissenschaft und Publizistik in Mainz, ist Vorsitzende der Young Pirates of Europe und tritt als Spitzenkandidatin der Piratenpartei Deutschland für die Europawahl 2014 an.

Aufwandspauschalen für die politische Arbeit trennen. Wir werden auch unsere Termine und die Lobbydokumente, die uns zugeschickt werden, im Internet veröffentlichen. Wir werden Informationen außerdem leicht verständlich aufbereiten, damit mehr Menschen direkten Einfluss auf die Politik im Europaparlament nehmen können. Die Selbstverpflichtung wurde bereits von Kandidierenden der Piratenpartei aus acht europäischen Ländern unterschrieben, in denen die Piraten zur Europawahl antreten.

Wir Piraten sind eine europäische Partei, die mit Abgeordneten aus unterschiedlichsten Ländern für unsere Vision eines grenzenlosen, demokratischen und vernetzten Europas eintreten will.

MIMI and EUNICE

Isprich: Me-Me und You-Ness!
Open Content: Nina Paley
(Übersetzung: Redaktion)



EUROPAS INTEGRATION WEITER DENKEN

FÜR EINEN EUROPÄISCHEN BUNDESSTAAT VON FOTIOS AMANATIDES

Für viele von uns sieht die Europäische Union wie ein einziger undurchsichtiger Dschungel aus. Immer wieder verordnet und regelt irgendjemand in unser tägliches Leben hinein, ohne dass wir so recht wissen, wie diese Entscheidungen zustande gekommen sind.

Nun ist es auch nicht einfach, ein System zu erklären und zu verstehen, dass selbst die Wissenschaft als „von eigener Art“ bezeichnet. Man sollte sich jedoch vor Augen führen, dass die heutige Europäische Union und ihre Vorgängerorganisationen ein über Jahrzehnte gewachsenes System sind. In dessen Geschichte wurden in unterschiedlichster Weise und in einzelnen Verhandlungen immer wieder die nationalen Interessen der jeweiligen Mitgliedsstaaten zu einem gemeinsamen Europäischen Kompromiss zusammengeführt.

Der Zustand Europas zwischen Staatenbund und Bundesstaat muss überwunden werden: Wie in der aktuellen Euro-Krise zu sehen ist, ist es sowohl für die Regierungen als auch für Populisten jeglicher Couleur ein viel zu einfaches Spiel, den sprichwörtlichen „Schwarzen Peter“ an ein Partnerland weiterzureichen. Und wieder werden alte, überwunden geglaubte Ressentiments hervorgeholt, medial verbreitet und schon wähnt man sich in einer Zeit, die längst überwunden schien.

Hoffnung gibt jedoch, dass – wenn auch selten – ein europäischer Bürgerwille aufblitzt: Als sich letztes Jahr spanische und griechische Demonstranten über das Internet miteinander vernetzten, trugen sie tags drauf griechische Fahnen in Madrid und spanische in Athen. Hier war für einen Moment Solidarität zu spüren, zumindest unter den von der Krise direkt Betroffenen.

Diese Solidarität war es, die die Väter des Euros eigentlich schon viel früher erwartet hatten: Der Begriff „Euro-Krise“ ist falsch gewählt – es ist die Union, die sich in der Krise befindet, weil die Solidarität in weiten Teilen immer noch fehlt. Die Erwartung, dass eine gemeinsame Währung der Mitgliedsstaaten des Euros zu einer einheitlichen wirtschaftlichen Union führen würde, hat sich nicht erfüllt. Es sollte

der Weg zur politischen Einheit geebnet werden, doch nach der Einführung des Euro passierte – nichts.

Nun nicht ganz, der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ wurde in den Niederlanden und Frankreich aus innenpolitischen Gründen erfolgreich torpediert. In Deutschland wurde die Bevölkerung gar nicht gefragt, wobei das Grundgesetz ausgerechnet für diesen Fall ausnahmsweise eine Volksabstimmung vorsieht. Erst als Staaten in der Peripherie 2008 über die Bankenkrise plötzlich hochverschuldet dastanden und es drängte, wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus quasi aus dem Hut gezaubert. Zu Recht lehnen wir Piraten die Entstehung dieses Vertrages ab.

EUROPÄISCHE VERFASSUNG

Wir Piraten fordern Transparenz im Staatswesen, doch wie will man das vom Nicht-Staat Europäische Union einfordern und bei wem? Was Europa jetzt braucht ist eine klare Struktur, die die Kommunikationswege zwischen den einzelnen Organen aufzeigt und auch für den Bürger nutzbar macht. Das kann nicht mehr mit noch einem Vertrag und noch einem Anhang zum Vertrag usw. erreicht werden. Was wir jetzt brauchen, ist eine Willenserklärung der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die mit einem klaren „Ja“ zu einem föderalen europäischen Bundesstaat ihren Regierungen ganz klar vorgeben, dass der Wille zur Einheit besteht.

Der nächste Schritt ist die Erarbeitung einer Verfassung, die die wesentlichen

FOTIOS AMANATIDES
Foto: CC-BY-NC-ND be-him



Fotios Amanatides ist Politikwissenschaftler an der Universität Köln, engagiert sich in der Arbeitsgemeinschaft Sicherheits- und Europapolitik und tritt für die Piratenpartei Deutschland auf Platz 2 der Europaliste an.

Aspekte einer Verfassung enthält, also Menschen- und Bürgerrechte und die Stellung der Organe zueinander – und kein weiterer 164-seitiger Vertrag, den selbst Juristen nicht mehr verstehen, weil ständig eine Ausnahmeregelung für den einen oder den anderen Staat erfasst wird. Der Verfassungskonvent muss so viel Bürgerbeteiligung wie durchführbar ermöglichen, auch, um Europa für uns alle begreifbar zu machen.

Am Ende dieses Prozesses steht eine gleichzeitige europaweite Volksbefragung zu einer gemeinsamen Verfassung, denn erst durch den Akt einer gemeinsamen Erklärung kann eine europäische Bürgerschaft im Sinne des Begriffes entstehen.

Êùÿøßş
İđēŋŧîæτ

GLÄSERNER STAAT

STATT

GLÄSERNER BÜRGER

So sehr wir für einen transparenten Staat eintreten, um Verwaltung und Politik nachvollziehbarer zu machen, so sehr kämpfen Piraten gegen den Gläsernen Bürger, die umfassende Überwachung aller Menschen durch staatliche Stellen. Der scheinbare Widerspruch ist schnell aufgelöst: Der Staat ist nur für uns als Dienstleister da, wir aber nicht für den Staat. Daher ist es natürlich, dass wir etwa von unseren Volksvertretern wissen wollen, wie sie ihre Arbeit erledigen, damit wir uns eine Meinung darüber bilden können, ob wir das gut finden oder nicht und ob wir sie daher wieder wählen würden oder nicht. Die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen muss ein Bürgerrecht sein. Lobbyeinflüsse und alle Informationen, die in diese Entscheidungen einfließen oder die ihr Ergebnis sind, müssen transparent sein. Gutachten gehören auf den Tisch, genauso wie Gesetzentwürfe oder Verträge. Schließlich geht es dabei sowohl um Steuergeld als auch um Dienstleistungen für uns Bürger, die Qualität der staatlichen Daseinsvorsorge, um Subventionen, Verbraucherschutzvorschriften, Umweltvorgaben und vieles mehr, das uns direkt betrifft. Als oberster Souverän haben wir einen Anspruch auf diese Informationen.

Unveräußerliche Grundrechte sollten uns vor Machtmissbrauch staatlicher Stellen schützen. Aber stattdessen erleben wir, wie gegenwärtig elementare Grundrechte, wie der Schutz der Privatsphäre, millionenfach verletzt werden. Statt einen transparenten Staat zu bekommen, sollen wir selbst gläsern werden, mit Methoden, die eine Stasi gern gehabt hätte. Seit Jahren werden verfassungsfeindliche Überwachungsgesetze verabschiedet, unter anderem die erste Version der Vorratsdatenspeicherung, nach der alle unsere Kommunikationsdaten monatelang und völlig anlasslos gespeichert werden sollten.

GEGEN DIE VORRATSDATEN-SPEICHERUNG IN DER EU

Anke Domscheit-Berg ist Publizistin und Unternehmerin. Sie engagiert sich vor allem in den Bereichen Gleichberechtigung von Frauen und Open Government. In der Piratenpartei ist sie Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg und tritt bei der Europawahl auf Listenplatz 3 an.

Die schwarz-rote Koalition hat nun die Vorratsdatenspeicherung in Vorsorgespeicherung umbenannt und will sie erneut verabschieden. Nachdem wir gerade weltweit den größten Überwachungsskandal aller Zeiterleben, gehört schon viel Chuzpe dazu, uns noch mehr Überwachung zuzumuten. Die Ausrede der Bundesregierung: „Die EU zwingt uns.“ Ja, es gibt eine Richtlinie der EU, nach der die Vorratsdatenspeicherung eingeführt werden soll. Dagegen klagen einige EU Länder bereits, da diese Richtlinie offensichtlich im Widerspruch zur Grundrechtecharta der EU steht. Aber wenn die Merkel-Regierung diesen Widerspruch ignoriert, müssen wir auf europäischer Ebene für eine Abschaffung dieser Richtlinie sorgen.

Die EU kann und muss aber noch viel mehr machen, um die Entwicklung in einen digitalen Totalitarismus umzukehren und damit die Aushöhlung der Demokratie zu stoppen. Innerhalb der EU darf nicht länger toleriert werden, dass Geheimdienste eines Mitgliedslandes die Bevölkerung eines anderen ausspionieren und sogar diese Daten an Drittstaaten weitergeben, wie wir es vom EU-Mitgliedsland Großbritannien erleben, dessen Geheimdienst GCHQ als Handlanger des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA agiert. Die EU muss die Einhaltung der Grundrechtecharta durchsetzen, damit unsere Privatsphäre auch in einer digitalen Demokratie Bestand hat.



Wir haben mit Recht alle etwas zu verbergen, genauso wie es unser Recht ist, unsere Wohnungen abzuschließen und Gardinen vor den Fenstern zu haben, selbst dann, wenn wir nichts Unrechtmäßiges dahinter tun.

Das auch in der EU verbreitete Konzept von höherem Datenschutz für Inländer und geringerem Datenschutz für Ausländer macht in der digitalen Kommunikation wenig Sinn.

Es ist lächerlich in einer Realität, in der sich die Geheimdienste verschiedener Länder einfach die Daten über die jeweils andere Bevölkerung zuschieben und es ist absolut unpassend für eine europäische Union, in der wir für jeden den gleichen Grundrechtsschutz fordern.

Als EU-Parlamentarierin werde ich mich darüber hinaus dafür einsetzen, dass die EU eine globale Überwachungsabrüstungsinitiative startet.

Die Piratenpartei steht auch für einen Whistleblowerschutz auf europäischer Ebene, damit Hinweisgeber zu Fehlentwicklungen in der Demokratie keinen Gefahren und Nachteilen ausgesetzt sind, wie wir das derzeit bei NSA-Whistleblower Edward Snowden erleben. Wer sich um den Erhalt der Demokratie in Europa verdient macht, verdient unser aller Schutz.

EUROPA IST DIE ZUKUNFT,

JEDE ANDERE POLITIK VERGANGENHEIT.

ROLAND DUMAS

TTIP - NEIN DANKE! TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS!

GEGEN EIN TRANSATLANTISCHES FREIHANDELSABKOMMEN VON BRUNO KRAMM

Als vor ungefähr eineinhalb Jahren erste Informationen zu TAFTA bekannt wurden, das nun heute aus Werbegründen TTIP heißt, ging es in erster Linie um die sogenannten nicht tarifären Handelshemmnisse. Ein wohlklingendes Wort, hinter dem sich damals schon viel zu verbergen schien. Als die Öffentlichkeit dann von Chlorhühnchen erfuhr, fragte ich mich vor Allem, warum diese Hühnchen in einem Chlorbad desinfiziert werden müssen. Das tu ich ja auch regelmäßig, wenn ich ins überchlornte Schwimmbad gehe.

Heute ist TTIP zu einer negativen Vision gewachsen. EU-Kommissare vertreten im Schulterschluss mit großen Verbänden und Konzernen eine feudal-kolonialistische Weltansicht. Sie opfern Bürgerrechte, ja sogar Menschenrechte für lukrative Deals.

Dabei ist das, was sich bruchstückhaft eröffnet, weit tiefgreifender als all jene Abkommen der Vergangenheit. Es mag daran liegen, dass Konzerne die Welt längst global vermessen und strategische und geopolitische Interessen im heraufziehenden kalten Krieg des Handels in einer Trade-NATO vereinen. Hinter verschlossenen Türen werden die Forderungen rücksichtslos ausgesprochen. Von der so gewünschten Teilhabe der Bürger in den USA und Europa ist nichts übrig geblieben.

Umso tragischer, denn die Kinder der 80er Friedensbewegung, der Perestroika und der Wende hatten im Netz ihr friedliches, globales und grenzenloses Heil entdeckt, das auf Transparenz, Mitbestimmung und Teilhabe baut und als Blaupause für ein gleichberechtigtes Miteinander die globalen Probleme in einer postmateriellen Vision zu lösen suchte. Ihr Slogan: „Grenzen sind so 80er“ wird von der EU-Kommission anders aufgefasst. Sie teilen die Welt in Blöcke der Handelsherrschaft auf, in der Konzerninteressen über dem Menschen stehen.

Sie hebeln die Demokratie aus und machen Staaten zu wehrlosen Spekulations- und Klageobjekten. Dem nicht genug: Mit dem Wortungetüm „regulatorische Kohärenz“ setzt man den demokratische gewählten Gesetzesgeber vor die Tür und hängt sie als Marionetten an die Fäden der eigenen Konzernstrategien. Ver-

bände und Konzerne schreiben Gesetze, lange bevor sie in den Parlamenten verhandelt werden. Die EU-Kommission hat uns Bürger verkauft. So fallen die letzten demokratischen Bastionen einem ungehemmten Neoliberalismus zum Opfer, der da heißt: Zuerst der Markt, dann der Mensch. TTIP ist der Zangengriff gegen die Demokratie.

Neuerdings heuchelt die EU-Kommission: „Wir haben verstanden, wir hören Euch zu, es wird keine Chlorhühnchen geben.“ – Das ist alles Teil einer Promotionsstrategie. Bürger und NGOs bekommen als stille Beobachter nur Placebo-Dokumente zu sehen. Die Bundesregierung nutzt ihre wirtschaftliche Macht in Europa, um Kritik und Protest in den europäischen Mitgliedsstaaten zu drosseln und hat bereits im Koalitionsvertrag TTIP durchgenickt, egal was darin enthalten ist.

Doch dem nicht genug: Das Internet wird mit TTIP zum Umschlagplatz, zur legalen Hehlerstube für private Daten. Die informationelle Selbstbestimmung und der Datenschutz werden über den Haufen geworfen. Und auch hier hatte die EU-Kommission bereits selbst Hand angelegt, um das Freihandelsabkommen besonders leicht durchzusetzen. Der Datenschutz wurde im Handstreich aus den Verhandlungen genommen. Die lapidare Erklärung, man würde sonst zu keiner Lösung finden, offenbart den infamen Verrat an den eigenen Bürgern. Wenn private Daten im freien Fall amerikanischen Konzernen zufallen, dem freien Datenfluss aus der Privatsphäre immer Vorfahrt gewährt wird, bedeutet das absolute Freiheit und Selbstbestimmung von Konzernen wie Google, Apple und Facebook über die Daten ihrer Benutzer. Eine globale Vorratsdatenspeicherung könnte nicht lückenloser sein.

Doch dem nicht genug: Die Durchsetzung von Urheberrechten und Copyright sind zwar laut EU fast gar nicht im Verhandlungsmandat. Doch interne Memos belegen, dass auch hier unter Hochdruck gearbeitet wird. Im Windschatten der künstlich befeuerten Chlorhühnchen-debatte haben Warner, Disney und Konsorten längst ihre Weihnachtswunschliste zusammengestellt. So könnten viele bis-

BRUNO KRAMM
Foto: CC-BY-SA Bartjez



Bruno Gert Kramm ist Musiker, Komponist und Produzent. Er hat sich in mehreren Funktionen in der Piratenpartei engagiert und wurde am 4. Januar 2014 auf dem Bundesparteitag in Bochum auf Platz 4 der Liste für die Europawahl gewählt. Er engagiert sich in der Anti-TTIP-Protestbewegung, auch mit seinen Videos stopttip.wordpress.com.

her zivilrechtlich geahndete Verstöße gegen das Urheberrecht mit TTIP strafrechtlich behandelt werden. Die amerikanische Kommission gegen den Diebstahl geistigen Eigentums fordert mit vielen Kongressabgeordneten den Einsatz von Trojanern, Rootkits, Malware auf den Rechnern der Internetnutzer, um dann jeden noch so kleinen Verstoß unmittelbar zu melden und zu ahnden. Orwells Totalüberwachung der Privatsphäre kennt keine Grenze!

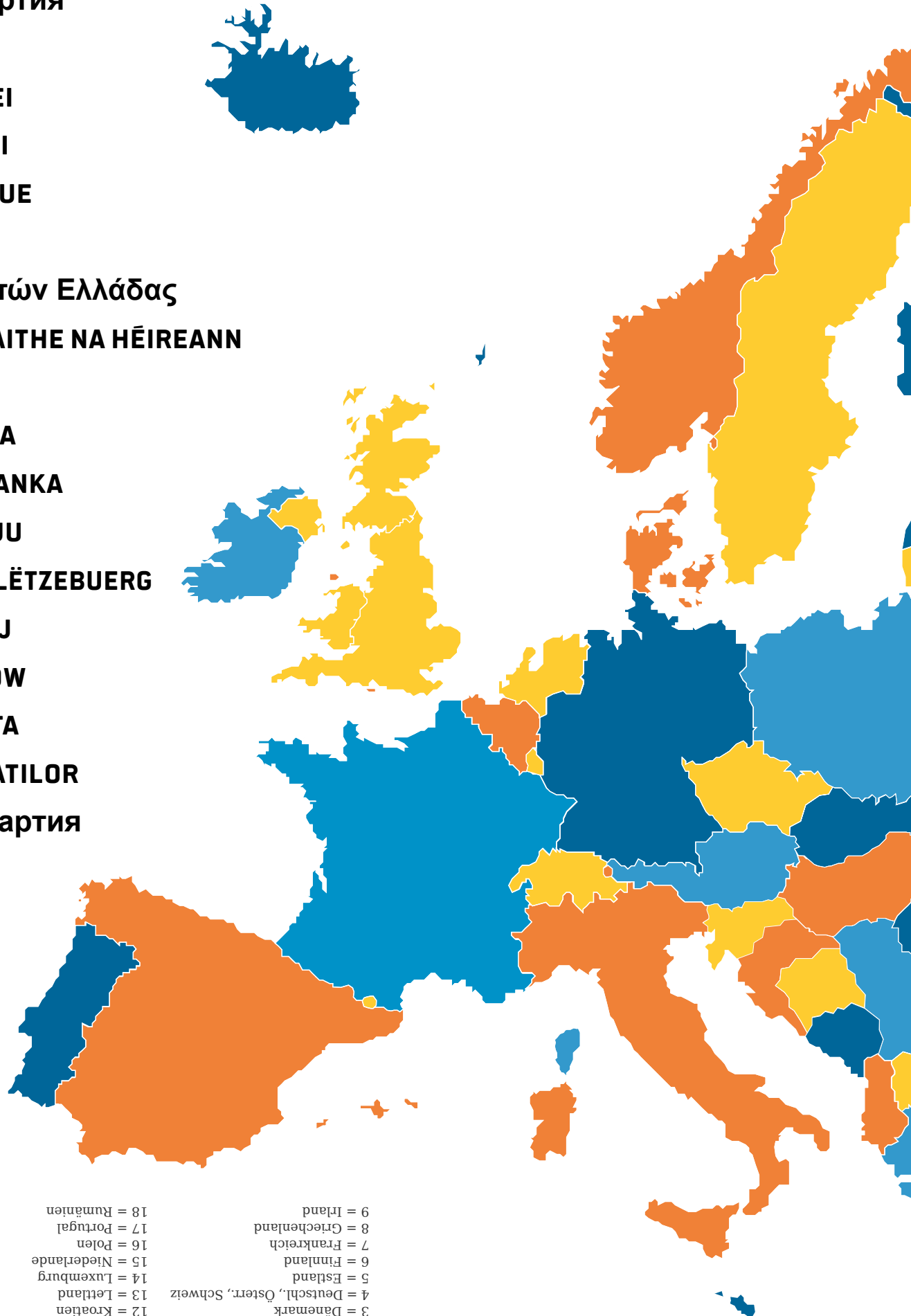
So rufen wir laut:

Kein TTIP, kein CETA und kein TISA ohne breite Bürgerbeteiligung und Offenlegung aller Akten. Schluss mit bilateralen Sonderwegen in einer Welt, deren Probleme nur global gelöst werden können! Schluss mit Hinterzimmerpolitik! Stoppt TTIP, CETA und TISA!

Zuerst der Mensch, dann der Markt!

TAFTA: Transatlantic Free Trade Agreement
TIPP: Transatlantic Trade und Investment Partnership
ACTA: Anti-Counterfeiting Trade Agreement
CETA: Comprehensive Economic and Trade Agreement
TISA: Trade in Services Agreement

1. PIRATENPARTIJ
2. Пиратска Партия
3. PIRATPARTIET
4. PIRATENPARTEI
5. PIRAADIPARTEI
6. PIRAATTIPUOLUE
7. PARTI PIRATE
8. Κόμμα Πειρατών Ελλάδας
9. PĀIRTĪ FOGHLAITHE NA HĒIREANN
10. PĪRATAR
11. PARTITO PIRATA
12. PIRATSKA STRANKA
13. PIRĀTU PARTIJU
14. PIRATEPARTEI LĒTZEBUERG
15. PIRATENPARTIJ
16. PARTIA PIRATŌW
17. PARTIDO PIRATA
18. PARTIDUL PIRATILOR
19. Пиратская Партия



Lösung:

19 = Russland
20 = Serbien
21 = Slowakei
22 = Slowenien
23 = Spanien
24 = Tschechien
25 = Ukraine
26 = Ungarn
27 = Vereinigtes Königreich

10 = Island
11 = Italien
12 = Kroatien
13 = Lettland
14 = Luxemburg
15 = Niederlande
16 = Polen
17 = Portugal
18 = Rumänien

1 = Belgien
2 = Bulgarien
3 = Dänemark
4 = Deutschl., Österr., Schweiz
5 = Estland
6 = Finnland
7 = Frankreich
8 = Griechenland
9 = Irland

SPIEL MIT AHA-EFFEKT: WELCHE PIRATENPARTEI GEHÖRT ZU WELCHEM LAND?

20. PIRATSKA PARTIJA
21. PIRĀTSKA STRANA
22. PIRATSKA STRANKA
23. PARTIDO PIRATA
24. CESHĀ PIRĀTSKĀ STRAN
25. піратське співтовариство
26. KALÓZPÁRT
27. PIRATE PARTY

PPEU EUROPEAN PIRATE PARTY



Die Europäische Piratenpartei (European Pirate Party) mit dem Kürzel PPEU oder PIRATES ist eine politische Partei auf europäischer Ebene, die 2013 gegründet wurde. In ihr sind die Piratenparteien der Europäischen Union sowie weiterer Staaten aus Europa organisiert.

Die Grundsätze der PPEU sind in einem Manifest festgehalten, wobei besonders der Schutz der Bürgerrechte hervorgehoben wird. Neben den Grundwerten der Vereinigungsfreiheit, des Versammlungsrechtes, der Meinungsfreiheit sowie der Informationsfreiheit wird der Schutz von Whistleblowern und der Privatsphäre gefordert.

Außerdem fordern die Europäischen Piraten bessere Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger, zum Beispiel durch Elemente der Direkten Demokratie. Von öffentlichen Organisationen und Regierungen, werden Transparenz und Verantwortlichkeit verlangt. Bei einer Reform des Urheberrechts sollen künftig nichtkommerzielle Privatkopien grundsätzlich legal sein. Ebenso soll das Patentrecht reformiert werden: Patente auf einfache Ideen, Geschäftsmodelle oder Algorithmen lehnt die PPEU ab, ebenso unethische Patente wie zum Beispiel auf menschliche Gene. Öffentlich geförderte Forschung und öffentliche erhobene Daten sollen für jeden zugänglich sein.

DEN MENSCHEN „NEULAND“

URheberRECHT UND INFORMATIONSKONTROLLE IN DER EU VON AMELIA ANDERSDOTTER

Netzwerkinfrastruktur, Urheberrecht und Datenschutz: Auf allen drei Gebieten wird immer deutlicher, dass sich Europa auf keinem guten Weg befindet. Die europäischen Politiker schaffen es weder, Europas Stärken zu erkennen, noch diese umzusetzen. Darum sind Piraten so wichtig, und darum müssen wir die Führungsrolle übernehmen. Unser Beitrag zur europäischen Politik ist nicht nur, dass wir das Internet verstehen, sondern auch, dass wir Europa verstehen.

Anfang 2014 rückt die Reform des Urheberrechts immer näher. Es gibt keinen einzigen Unionsbürger in Europa, der nicht die Fesseln des Urheberrechts hat spüren müssen. In zunehmendem Maße bestimmt die Technologie das Gesetz und nimmt uns damit die Freiheiten, die der Gesetzgeber uns zu geben versucht.

Monolithische, zentralisierte Unternehmen kontrollieren unsere Freundschaften, unsere Kultur und unsere Gemeinschaften. Zentralisierung funktioniert nicht in Europa – Europa ist ein Ort mit vielen Völkern, vielen Kulturen und vielen Plattformen.

Es ist kein Zufall, dass die erfolgreichsten, weit verbreiteten Technologien europäischen Ursprungs sind. MiniNova kommt aus den Niederlanden, OiNK aus Großbritannien, Demo-

noidaus der Ukraine und The Pirate Bay aus Schweden. Es ist kein Zufall, weil es der europäische Weg ist. Der europäische Weg besteht aus Dezentralisierung und Kooperation zwischen gleichberechtigten Partnern.

Es ist ebenfalls kein Zufall, dass Europa ein Ort der Remixe, von Philosophie und Wissenschaft ist. Wir profitieren von gegenseitiger Erfahrung und Wissen, wir vermischen, und wir schaffen etwas Neues. In Europa war dies immer der Garant für Fortschritt, der jetzt durch das Urheberrecht beschränkt wird.

Es ist kein Zufall, dass es in allen europäischen Städten Bibliotheken gibt und dass diese ein integraler Bestandteil jeder europäischen Kultur sind. Es gibt deshalb überall Universitäten hier, wo die kulturelle Vielfalt bewahrt, geschätzt und zur Schaffung neuer Kulturen, Innovationen und neuer Herrschaftsformen genutzt wird. Das Urheberrecht versucht, dies zu verhindern, und deshalb müssen wir hier eingreifen.

Das Urheberrecht, so wie es jetzt beschaffen ist, ist kein passendes Instrument für Europa, und es ist kein Instrument für das Jahr 2014. In seiner bestehenden Form ist es vollkommen inkompatibel zu den europäischen Ideen von Dezentralisierung, kultureller Vielfalt und Kooperation unter Gleichen. Wir können Europa für uns nicht gestalten, wenn wir andauernd von einem rechtlichen Rahmen gebremst werden, der für eine wesentlich zentralisierter organisierte Ordnung geschaffen wurde. In Europa

sind wir Partner, wir werden es immer sein, und das ist es, wofür Piraten stehen.

Zentrale Kontrolle von Informationen schleicht sich in immer mehr Informationssysteme ein. Die Snowden-Enthüllungen werfen einen besonders dunklen Schatten auf die zentralisierte Tätigkeit von Sicherheitssystemen. Europa funktioniert nicht mit einer zentralisierten Regierungsführung. Eine europäische Regierungsführung muss auf Transparenz, Dezentralisierung und Vertrauen beruhen.

Stattdessen haben wir anhaltende Probleme mit Mitgliedsstaaten, die sich gegenseitig in den Rücken fallen. Die schwedische Regierung überwacht unsere finnischen Partner und wundert sich, warum diese nicht glücklich darüber sind. Während Handelsgesprächen ist kein Mitgliedsstaat vor Betrug durch seine Partner aus anderen Mitgliedsstaaten sicher. Besonders offensichtlich ist dies in der Weltraumzusammenarbeit: Selbst wenn Mitgliedsstaaten wissen, dass sie zusammenarbeiten sollten, fehlt ihnen dazu oft der Mut. Stattdessen arbeiten sie gegeneinander und verbreiten Misstrauen. Die Furcht der Mitgliedsstaaten voreinander färbt auch auf die Europäer ab. Furcht vor dem Unbekannten und Argwohn gegenüber dem, worin unsere Talente liegen. Das britische und das schwedische Militär bekriegen sich im Internet. Sie wollen Unternehmen und Privatpersonen kontrollieren. Sie tun dies im Namen der Sicherheit, und sie verwandeln Neuland in Niemandland. Ein furchtbarer Fehler, nicht zuletzt für Europa.

EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK

Zuflucht vor politischer Verfolgung und den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg zu gewähren gehört zu den elementaren Verpflichtungen des Völkerrechts. Diese Pflicht ist eine europäische Gemeinschaftsaufgabe, für die wir PIRATEN uns einsetzen.

AUSWEITUNG DER ASYLGRÜNDE

Menschen, die vor Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität beziehungsweise Orientierung, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen der Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, müssen ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden. Auch diese Fluchtgründe sind mittelbar oder unmittelbar Folge

politischer Entscheidungen. Eine Hierarchisierung von Fluchtgründen lehnen wir ab. Außerdem lehnen wir pauschale Kategorisierungen von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ab. Schutzsuchende haben ein Recht auf individuelle Prüfung ihrer Situation.

EUROPAS GRENZEN ZU BRÜCKEN STATT ZU MAUERN MACHEN

Wir PIRATEN wollen die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik einer grundlegenden Neuausrichtung unterziehen. Eine „Festung Europa“ ist nicht hinnehmbar. Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik muss auf der Achtung der Menschenrechte beruhen und die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN-Kinderrechtskonvention respektieren. Alle Mitgliedstaaten müssen gemäß ih-

ren Kapazitäten Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen. Eine von Solidarität geprägte europäische Flüchtlings- und Asylpolitik darf einzelne Mitgliedstaaten nicht mit dem finanziellen, logistischen und administrativen Aufwand alleine lassen. Statt die Abriegelung Europas weiter voranzutreiben, muss die EU Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen, besonders auf den Meeren vor Europa, treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen.

ABSCHAFFUNG VON FRONTEX

Die völkerrechtswidrigen Praktiken der EU-Grenzschutzagentur Frontex sind Ausdruck einer menschenverachtenden Ausgrenzungspolitik der Europäischen Union. Wir PIRATEN fordern daher die Abschaffung von Frontex.

ZURÜCKGEBEN

Und dennoch, die Snowden-Enthüllungen zeigen nur einen Teil des Problems. Sicher, wir können wütend auf unsere Regierungen sein, weil sie dumm waren. Wir können ihnen sagen, dass sie damit aufhören sollen. In meinen Augen wird dies keinen Erfolg haben.

Was Europa fehlt, ist eine Vorstellung, was Sicherheit in Europa bedeuten soll. Das politische Establishment erkennt nicht, warum das Internet gut für Europa ist. Wir, die Piraten, haben eine Vorstellung, warum das so ist. Wir wissen, was für uns funktioniert.

In vielen Ländern Europas hat sich gezeigt, dass zentralisierte Planung der Wirtschaft durch eine Sicherheitsbehörde nicht funktioniert. Wir haben dieses Modell getestet, und es hat nicht funktioniert. Unsere Zukunft liegt in quelloffener Software und Transparenz. Europa kann Innovation, wir können offen – und wir können teilen.

In Europa sind wir Partner, wir werden es immer sein, und das ist es, wofür Piraten stehen. Kern der europäischen Politik sind die Menschenrechte. Dies müssen wir in unseren Sicherheitsstrategien berücksichtigen. Mit den Worten von Altiero Spinelli gesagt: „Die moderne Zivilisation beruht auf dem Prinzip, dass wir nicht bloße, von anderen benutzte Instrumente sind, sondern autonome Lebewesen.“ Die Datenschutzregulierung ist natürlich die Vorzeigeanitiative der Europäischen Union, aber sie ist nur ein Teil des Puzzles. Wir können

weder unsere Sicherheits- noch unsere Datenschutzprobleme mit nur einem Gesetz lösen. Wir benötigen eine Piratenideologie für eine europäische Zukunft, denn wir brauchen eine Ideologie, die auf dem basiert, worin wir gut sind. Wir brauchen eine Ideologie basierend auf Transparenz, Vielfalt und Menschenrechten.

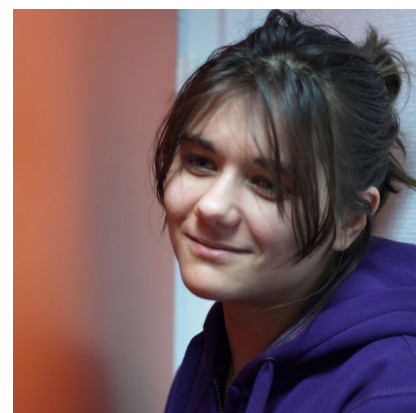
Dies ist nicht Amerika, und dies ist keine Ein-Fahnen-Union. Was dort funktioniert, muss nicht zwangsläufig hier klappen. Die Herausforderung für Europa und die Piraten ist, herauszufinden, wie unsere Zukunft aussehen soll und sie dann zu gestalten. Europäische Zusammenarbeit wird heute von den Europäern mit Argwohn betrachtet. Die Piratenideologie – bestehend aus Transparenz, Vielfalt und Menschenrechten – ist die Lösung, die wir brauchen; die digitale Friedensagenda, unter der wir zusammenkommen. Sie wird besonders für Europa und das Internet den Unterschied ausmachen.

Wir müssen „Neuland“ den Menschen zurückgeben. Es ist der Ort, an dem wir – Europäer und Piraten – die Möglichkeit haben, frei zu leben und aktiv zu sein. Es ist der Ort, an dem wir wohnen, es ist unsere Heimat.

Dezentralisierung hat Europa immer stark gemacht. Stärke in Vielfalt hört sich klischeehaft an, dennoch hat es für Europa immer funktioniert. Vertrauen und Zusammenarbeit werden geschaffen, wenn Partner über Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten – und wenn wir un-

sere Kultur teilen und offen, mit Respekt füreinander, handeln. Das ist das Programm für die europäische Sicherheit und für die europäische Industrie. Es ist ein Programm für ein europäisches Neuland, das Europa dient, und für Technologien, die für uns gemacht sind. In Europa sind wir Partner, wir werden es immer sein, und das ist es, wofür Piraten stehen.

AMELIA ANDERSDÖTTER
Foto: CC-BY-NC-SA Samuel Huron



Amelia Andersdotter war 2007-2010 Vorstandsmitglied von Ung Pirat, der Jugendorganisation der Piratenpartei Schweden und ist seit 2011 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dieser Beitrag ist ein Auszug aus der Rede von Amelia Andersdotter auf dem Bundesparteitag 2014/1 in Bochum.

ABLEHNUNG DER DRITTSTAATENREGELUNG

Die Drittstaatenregelung und deren Konkretisierung in der „Dublin II“-Verordnung lehnen wir ab. Durch diese Regelung drücken sich zentral gelegene Staaten wie Deutschland vor der Verantwortung den Schutzsuchenden gegenüber. Jedem Menschen muss das Recht auf freie Wahl seines Aufenthaltsortes gewährt werden. Daraus resultiert auch, dass jedem Menschen die Möglichkeit gegeben werden muss, in dem Land seiner Wahl Asyl zu beantragen. Die bevormundende und entwürdigende Verschiebungspraxis der EU lehnen wir ab. Alle Staaten der EU sollten Geflüchtete aufnehmen und andere Mitgliedstaaten dabei unterstützen.

ABLEHNUNG DER INHAFTIERUNG VON ASYLSUCHENDEN

Wir kritisieren die momentane Praxis, immer neue Straftatbestände und Inhaftierungsgründe zu konstruieren, um Schutzsuchende in Haft zu nehmen. Wir lehnen generell die Inhaftierung von

Asylsuchenden ab. Flucht und die Möglichkeit auf Stellung eines Asylantrages sind ein Grundrecht. Wir wenden uns auch gegen Schnellverfahren an Landesgrenzen und auf Flughäfen.

EINHALTUNG DER UN-KINDERRECHTSKONVENTION

Im Umgang mit minderjährigen Geflüchteten müssen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention gebracht werden. Die Abschiebung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist nicht hinnehmbar. Kindern und Jugendlichen, die geflüchtet sind, muss der Schutz und die Unterstützung zuteilwerden, die alle Kinder in den europäischen Staaten genießen. Dazu gehört insbesondere der Zugang zu Bildung.

PERSPEKTIVEN FÜR MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS

Die Europäische Union soll eine Initiative anregen, Menschen ohne Papiere eine Perspektive

für einen rechtmäßigen Aufenthalt und damit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Abschiebungen sind den Mitgliedsstaaten zu untersagen und ebenso, konsequenterweise, die Abschiebehaft.

RECHT AUF EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN

Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf Bewegungsfreiheit und die Teilhabe an der Arbeitswelt, an Bildung und Kultur. Das gilt bereits, wenn die Gründe der Flucht noch nicht anerkannt sind. Dies gilt auch, wenn eine Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist. Wir wenden uns insbesondere gegen eine Begrenzung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) für Asylsuchende in den europäischen Staaten. Zwischen den Mitgliedstaaten der EU soll es eine Angleichung der Standards für die Anerkennung, Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden und Geflüchteten auf einen deutlich humaneren Standard geben.

Näheres unter www.kaperbrief.org/euprogramm

Eine Eurobarometer-Umfrage im Oktober 2010 ergab, dass weniger als 25 Prozent der Bundesbürger nicht oder nur schlecht informiert über EU-finanzierte Projekte in ihrer Region sind.

Sie sind sich nicht bewusst, dass die EU lokale und regionale Entwicklung dort fördert, wo sie leben. Diese Fehleinschätzung ist umso erstaunlicher, da die die EU rund ein Drittel ihres Budgets - und das sind riesige Milliardenbeträge - für die Förderung von Wachstum und Wohlstand in den 28 Mitgliedsstaaten und ihren Regionen ausgibt.

Eine Grundmaxime der sozialen Sicherheit ist das sogenannte Subsidiaritätsprinzip (von lat. Subsidium, „Hilfe“). Es wendet sich gegen einen ausschließlichen oder zu weitgehenden Zentralismus des Staates im Bereich der sozialen Hilfen. Grundlage des Subsidiarismus ist, dass einzelne bzw. die jeweils kleinere soziale Einheit helfend und fürsorgend tätig werden: also zum Beispiel zunächst die Familie, dann die Verwandtschaft, ggf. die Nachbarschaft und dann erst staatliche Organisationen.

Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der EU ist festgelegt im Protokoll 2 Artikel 5 (Protokoll „Über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“) des Vertrags von Lissabon aus dem Jahr 2007, der die gegenwärtige Rechtsgrundlage der EU darstellt. Theoretisch soll die Union nur dann handeln bzw. tätig werden, wenn sie in der Lage ist, effizienter als die Mitgliedsstaaten zu handeln. Es gibt dazu folgende Kriterien:

- Hat die Maßnahme grenzüberschreitende Aspekte, die nicht von Mitgliedsstaaten geregelt werden können?
- Würde eine nationale Maßnahme oder ein Nicht tätig werden im Widerspruch zu den Anforderungen des Vertrages stehen?
- Hat eine Maßnahme auf EU-Ebene offensichtliche Vorteile?

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup sind 45 Prozent der EU-Bürger der Meinung, die Dinge in Brüssel laufen in die falsche Richtung.

Eigentlich soll das Subsidiaritätsprinzip die EU dem Bürger näher bringen, das Gegenteil ist zurzeit der Fall. Dies liegt u.a. an Bestrebungen der Kommission, möglichst viele Aufgaben an sich zu ziehen und zentral zu entscheiden. Hier ist das EU-Parlament gefordert, welches ein Einspruchsrecht gegen Maßnahmen hat.

Zwei Beispiele für zentrale Entscheidungen mit unterschiedlicher Resonanz in den Mitgliedsstaaten.

1. Der elektronische Aufenthaltstitel (eAT). Seit dem 1.09.2011 müssen laut einer EU-Verordnung aus dem Jahr 2008 mit Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung alle Ausländer, die keine EU-Bürger sind, also Angehörige eines so genannten Drittstaates, einen „eAT“ beantragen, mit einer verpflichtenden Abnahme von Finger-

da eine nationale Regelung auch hätte greifen können.

Im Zuge der Stärkung der Legitimation der Union im Vertrag von Lissabon wird die Rolle der nationalen Parlamente im EU-Gefüge gestärkt. Es gibt ein Klage-recht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) für nationale Parlamente wegen Nichtbeachtung des Subsidiaritätsprinzips. Der Ausschuss der Regionen ist nun berechtigt gegen Rechtsakte, bei denen er konsultiert werden muss, wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips vor dem EuGH zu klagen.

DIE STRUKTURFONDS

Warum ist es wichtig, zur Wahl zu gehen? Ein wesentlicher Grund sind die sogenannten Strukturfonds, die zur finanziellen Unterstützung der Mitgliedsstaaten bis weit in einzelne Landkreise/Städte hineinwirken.

Diese Strukturfonds haben eine große Bedeutung für die Landwirtschaft, die Raumordnung, die regionale Entwicklung, Forschung und Entwicklung sowie bei Schwerpunktförderungen von Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen.

So bekam z.B. der Berliner Landeshaushalt in der Förderperiode 2007-2013 Mittel aus diesen Fonds von weit mehr als ein Milliarde Euro. Konkret heißt das für den

Berliner Bezirk Spandau in der Förderperiode 2007-2013 eine Gesamtsumme von mehr als 36 Mio. Euro.

Deshalb ist es wichtig, nicht nur zur Europawahl zu gehen, sondern auch an Kommunalwahlen teilzunehmen. Piraten stehen für Transparenz und mehr direkte Bürgerbeteiligung. Sie werden diese Zahlen nicht nur veröffentlichen, sondern z.B. mit Hilfe der Plattform „OpenAntrag“ in den Landtagen, in denen sie vertreten sind, über die jeweilige Fraktion in das Parlament einbringen Da kann der Bürger über die Verwendung seiner Steuergelder - denn nichts anderes sind diese Mittel, selber entscheiden. In der Kommune, im Land und in Europa.

Dr. Angelika Brinkmann ist Vertreterin der Piraten im Lenkungsausschuss Bezirksliches Stadtteilmanagement Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

**ES IST WICHTIG,
BEI DER EUROPAWAHL
EINE STIMME
ABZUGEBEN**

**VON DR. ANGELIKA
BRINKMANN**

SUBSIDIARITÄTSPRINZIP UND STRUKTURFONDS

abdrücken. Ziel ist die einheitliche Gestaltung der Aufenthaltstitel in der EU und durch die Nutzung biometrischer Daten die Bindung zwischen Dokumentinhaber und Dokument zu erhöhen. Ausgenommen von dieser Regelung sind in Deutschland lebende Schweizer. Diese Regelung erregte nicht besonders viel Aufmerksamkeit unter Bundesbürgern, weil sie nicht betroffen sind. Außerdem geht sie einher mit einer Entwicklung, die auf die Speicherung von immer mehr digitalisierten Personendaten in Ausweisdokumenten setzt.

2. Bei einer EU-Verordnung aus dem Jahr 2009 war das anders. Hier geht es um ein stufenweises Herstellungs- verbot von Glühlampen, was gemessen an den oben genannten drei Kriterien, von vielen Bundesbürgern als unzulässiger Eingriff gesehen wurde,

DABEI SEIN STATT NUR DAGEGEN!

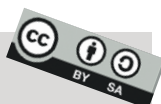
MISCH DICH EIN UND UNTERSTÜTZE DIE PIRATEN

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher vorwiegend über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei:

Konto 700 602 7900 | BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN: DE36 4306 0967 7006 0279 00
BIC: GENODEM1GLS

Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief
Wichtig: Namen und Anschrift bitte für die Parteienfinanzierung angeben!

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über physische Post.



IMPRESSUM

Kaperbrief – Piratenzeitung
 ISSN: 2191-3056

1. Ausgabe 2014, „Europawahl 2014“

Herausgeber:
 Piratenpartei Deutschland
 Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
 Telefon: 030/27572040
 Fax: 030/609897-517

Internet: www.kaperbrief.org
 Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar
 Strauch (V.i.S.d.P.)
 Satz: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
 Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZUR MITGLIEDSCHAFT

Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist ein Mindestalter von 16 Jahren. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 48 Euro pro Jahr, bei Eintritt in einem laufenden Jahr wird er anteilig entrichtet. Bei einem Wohnsitz in Deutschland (die deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht Voraussetzung) bitten wir darum, Mitgliedsanträge und -beiträge direkt an die jeweiligen Landesverbände zu richten. Die Links zu den Mitgliedsformularen der jeweiligen Landesverbände findest du unter:

www.kaperbrief.org/mitglied-werden

WAS BEDEUTET ES MITGLIED ZU SEIN?

Mit der Mitgliedschaft erwirbst du das Recht, auf Parteitag und anderen Gremien über die Zukunft der Partei mitzuentcheiden. Du erhältst ein aktives und passives Wahlrecht für alle Parteiämter von Gliederungen, in denen du Mitglied bist. Mit der Mitgliedschaft bist du automatisch Mitglied des Bundesverbandes sowie aller Gebietsverbände im Gebiet des Wohnsitzes.

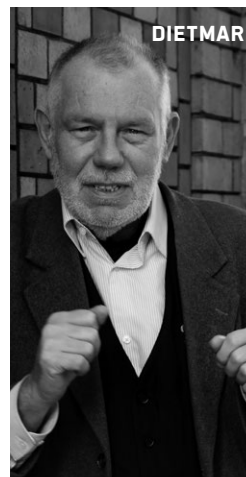
DER BEITRAG IST MIR ZU HOCH, KANN ICH TROTZDEM MITGLIED WERDEN?

Wende dich mit einer begründeten Anfrage an den Vorstand deines Landesverbandes, um eine Ermäßigung des Beitrages zu beantragen. Bitte lege gegebenenfalls einen Nachweis der Bedürftigkeit bei. Die Angaben werden vertraulich behandelt und nicht weitergegeben!

ICH BIN MITGLIED EINER ANDEREN PARTEI, KANN ICH TROTZDEM PIRAT SEIN?

Die Piratenpartei erlaubt die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen Partei. Die Mitgliedschaft in einer Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der Piratenpartei Deutschland widerspricht, ist dagegen nicht zulässig.

Die Redaktion im Bild:



Europa. Grenzenlos.

Der unsichtbare Krieg gegen Migration nach außen, die Förderung von digitaler Überwachungstechnologie nach Innen und eine fehlende verbindliche Netzneutralität: Europa baut Grenzen auf anstatt sie niederzureißen. Dabei ist das eine der Kernideen Europas: Grenzen niederzureißen.

Grenzenlos ist der Gesellschaftsentwurf, den wir im Netz gefunden haben - und dort leben. Unser Gesellschaftsentwurf ist ein Entwurf für Europa. Kleiner als Europa wollen wir gar nicht mehr denken.

Asyl & Migration

„Grenzenlos“ bedeutet den Abbau von Barrieren: Wir wollen von einer Asylverhinderungspolitik wieder zu einer Asylpolitik kommen. Wir wollen Frontex abschaffen, die EU Außengrenze wieder durchlässig machen und das Grundrecht auf Asyl wieder möglich machen. Gleichzeitig sollen Schutzsuchende auch innerhalb der EU nicht weiter ausgegrenzt werden, sondern die Möglichkeit bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Demokratie-Update

„Grenzenlos“ bedeutet den Abbau von Barrieren: Barrieren in der Beteiligung und der Informationsbasis. Wir wollen die Europäische Bürgerinitiative ausbauen, uns für ein Initiativrecht des Europaparlaments einsetzen und Lobbyismus sichtbar machen.

Grundrechte

„Grenzenlos“ bedeutet den Abbau von Barrieren. Das Internet ist für die Piraten ein Zuhause, das genauso viel Anonymität und Sicherheit bieten soll. Der Ansatz der Piraten ist nicht Misstrauen, sondern Selbstbestimmung. Das Einführen von immer mehr Sicherheitsgesetzen führt zu Grenzen im Kopf.



PIRATEN

Europa. Grenzenlos.